

## **A n t r a g \*)**

der Fraktionen der SPD, FDP und CDU

### **Güterverkehrslärm reduzieren und vermeiden**

#### I. Der Landtag stellt fest:

Deutlich wachsende Schienengüterverkehre haben zu einem erheblichen und weiter zunehmenden Anstieg der Lärmbelastung insgesamt und damit auch der an den Schienenstrecken wohnenden Bevölkerung geführt. Besonders die Bevölkerung der Regionen der rheinland-pfälzischen Flusstäler müssen sich mit einer regional konzentrierten Kombination von Schiene, Straße und Wasserstraßen auseinandersetzen, was die wirtschaftliche und infrastrukturelle Entwicklung zwar fördert, auf der anderen Seite aber auch zu Verkehrsbelastungen führen kann. Insbesondere das Mittelrhein- und das Moseltal zählen zu den schönsten und berühmtesten Landschaften der Welt. Die Anerkennung des Oberen Mittelrheintals als UNESCO-Weltkulturerbe hat der gesamten Rheinregion mit Unterstützung des Landes zusätzliche Chancen eröffnet.

Der Bundesrat hat im Dezember 2006 die rheinland-pfälzische Initiative gegen einen wachsenden Güterverkehrslärm mit breiter Mehrheit angenommen. Damit wird der Bund aufgefordert, ein Sonderprogramm zur schnelleren Umrüstung der in Deutschland zugelassenen Güterwagen auf leisere Kunststoffbremsen aufzulegen. Auch soll das bestehende Lärmsanierungsprogramm zur Erprobung weiterer Technologien geöffnet werden. Die Deutsche Bahn Netz AG soll zudem über den Bund um Klärung gebeten werden, ob und in welcher Weise Umweltkomponenten in den Trassenpreisen Eingang finden können.

Die Bundesregierung setzt seit dem Jahr 1999 ein Lärmsanierungsprogramm an bestehenden Schienenstrecken um. Bisher wurde bereits durch Lärmsanierung, etwa Lärmschutzfenster und Lärmschutzwände, eine Belastungsminderung des Schienenlärms realisiert.

Weitere Anstrengungen sind bei der Lärminderung im Interesse der Anwohnerinnen und Anwohner, vor dem Hintergrund der regionalen wirtschaftlichen und touristischen Interessen, des Ziels einer Verlagerung von Verkehr auf die Schiene sowie der Akzeptanz einer schienenfreundlichen Politik notwendig. Insbesondere kommt der Lärmminimierung an der Quelle, einer entsprechenden Umrüstung von alten, mit Graugussbremsen ausgestatteten Güterwagen, beispielsweise über den Einsatz von Kunststoff-Verbundbremssohlen (K-Sohlen), eine wichtige Rolle zu.

Die Deutsche Bahn AG geht davon aus, dass bundesweit etwa 135 000 Wagen, die noch länger als vier Jahre im Einsatz sind, umgerüstet werden müssten. Auf dieser Grundlage ist von einem auf zehn Jahre verteilten Gesamtfinanzierungsbedarf in Höhe von 540 Millionen Euro auszugehen.

---

\*) Dieser Antrag tritt an die Stelle des Antrags der Fraktion der SPD – Drucksache 15/781 – und des Antrags der Fraktionen der FDP und CDU – Drucksache 15/752 –. Der Präsident des Landtags hat den Antrag gemäß § 60 Abs. 2 der Geschäftsordnung des Landtags unmittelbar an den Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr überwiesen.

Der grenzüberschreitende Schienengüterverkehr gewinnt europaweit zunehmend an Bedeutung. Deshalb ist es ebenfalls auf europäischer Ebene notwendig, eine möglichst schnelle Umrüstung aller in Europa verkehrenden Güterwagen zur Lärmminimierung zu erreichen.

II. Der Landtag fordert die Landesregierung auf:

- sich weiterhin nach Kräften für eine vermeidbare Lärmbelastung insbesondere durch den Schienengüterverkehr einzusetzen und im Rahmen ihrer Möglichkeiten politisch mitzugestalten;
- das Ziel, den Schienenverkehr zu stärken, weiter zu unterstützen. Dies gilt insbesondere vor dem Hintergrund wirtschaftlicher und umweltpolitischer Argumente für den Schienenverkehr und dem Ziel der räumlichen Mobilität im Flächenland Rheinland-Pfalz. Der ländliche Raum und die rheinland-pfälzischen Städte profitieren über eine optimale Anbindung an den Schienenverkehr;
- auch zukünftig, insbesondere auf Grundlage des Bundesratsbeschlusses vom 15. Dezember 2006, für eine Verminderung von Lärm durch Güterverkehr gegenüber Bundesregierung und Deutscher Bahn AG einzutreten und die Umsetzung des entsprechenden Bundesratsbeschlusses politisch zu begleiten;
- als Land im Rahmen seiner Möglichkeiten auf europäischer Ebene für eine lärmmindernde Umrüstung von Güterwagen zu werben und damit die Anstrengungen der Bundesregierung hierbei zu begleiten. Dabei ist auch zu prüfen, inwieweit die privaten Eisenbahnunternehmen in das Programm lärmmindernder K-Sohlen aufgenommen werden können;
- dafür einzutreten und zu werben, dass sich die europäischen Anbieter auf Mindeststandards bei der Lärmemission von Güterwagen einigen und Maßnahmen bzw. Initiativen mit dem Ziel zu ergreifen, vermeidbaren Lärm beim europäischen Güterverkehr zu minimieren. Diese Ziele sind insbesondere von Bedeutung, damit deutsche Anstrengungen bei der Lärmminimierung nicht durch entgegengesetzte europäische und internationale Entwicklungen konkurrenzlos werden;
- sich bei der Bundesregierung dafür einzusetzen, ein System mit differenzierten Trassenpreisen bei der Nutzung der Schienenwege in Deutschland einzuführen. Hierbei sind die Güterzüge mit höherer Lärmemission mit höheren Trassenpreisen zu belegen. Damit wird die Motivation zur Umrüstung auf lärmreduzierte Güterwaggons auch bei ausländischen Eisenbahnunternehmen nachhaltig gesteigert. Trassenpreise dürfen nicht zu einer Rückverlagerung des Schienenverkehrs auf die Straße führen;
- zusammen mit den Eisenbahnunternehmen zu prüfen, ob kurzfristig Maßnahmen zur Lärmreduzierung ergriffen werden können, etwa ob der Einsatz von leiseren und umweltverträglichen E-Loks anstelle von Großdiesellokomotiven möglich ist;
- sich dafür einzusetzen, dass vom Netzbetreiber geprüft wird, ob mittelfristig Güterverkehrsausweichstrecken für die rheinland-pfälzischen Flusstäler zur Verfügung stehen und genutzt werden könnten und
- weiterhin mit allen Beteiligten und Betroffenen von Güterverkehrslärm das Gespräch zu suchen und hierbei Vorschläge zur Verminderung des Bahnlärms zu erörtern.

Für die Fraktion  
der SPD:  
Jochen Hartloff

Für die Fraktion  
der FDP:  
Günter Eymael

Für die Fraktion  
der CDU:  
Hans-Josef Bracht